

Zur Situation in Indonesien

Erklärung des Deutschen Katholischen Missionsrates (DKMR)

Indonesien war Schwerpunktthema der Jahrestagung 1996 des Deutschen Katholischen Missionsrates, die vom 19. bis 21. Juni in Würzburg stattfand. Zum Abschluß der Tagung beauftragte die Mitgliederversammlung des DKMR den Vorstand, folgende Erklärung abzugeben:

Die anlässlich der Vollversammlung des Deutschen Katholischen Missionsrates in Würzburg vom 19. bis 21. Juni 1996 versammelten Missionare und Missionarinnen, Höheren Ordensoberen und Oberinnen sowie Missionsreferenten der deutschen Diözesen und die Vertreter der weltkirchlichen Werke zeigen sich zutiefst besorgt über die Verletzung elementarer Menschenrechte in Indonesien, insbesondere aber in Osttimor. Vorgänge aus jüngster Vergangenheit zeigen das erschreckende Ausmaß politischer Unfreiheit sowie der willkürlichen Übergriffe von Polizei und Sicherheitskräften, denen die Menschen in diesem Land ausgesetzt sind.

- So wurde der Oppositionspolitiker Dr. Sri Bintang Pamungkas, der sich bei einer Vortagreise in Deutschland kritisch über die indonesische Regierung geäußert hatte, zu einer Haftstrafe von 34 Monaten verurteilt.
- Ende April ließ das Militär auf Sulawesi in der Provinzhauptstadt Ujungpandang bei einer friedlichen Demonstration Panzer auffahren und ging mit äußerster Brutalität gegen die Demonstranten vor.
- Besonders gravierend ist die Situation in dem von Indonesien vor 20 Jahren widerrechtlich besetzten Osttimor und in den Provinzen Aceh und Irian Jaya. Als die Osttimoresen im November/Dezember 1995 des vierten Jahrestages des Massakers in Dili gedachten, schoß das Militär auf friedliche Demonstranten.

Solche Gewalt provoziert Gegengewalt, zu der sich insbesondere jugendliche Timoresen bei öffentlichen Protesten hinreißen lassen. Erst jüngst wurden bei einer solchen Protestaktion in der Stadt Baucau am 10. Juni ca. 150 jugendliche Demonstranten verhaftet. 80 von ihnen sind noch in Haft, ohne daß bisher Anklage gegen sie erhoben wurde. Obwohl inzwischen kirchlichen Mitarbeitern und dem Roten Kreuz der Zugang zu den Gefangenen nicht mehr verweigert wird, müssen wir nach Erfahrungen in ähnlichen Fällen befürchten, daß sie in der Haft gefoltert werden.

Die Bundesrepublik hat aufgrund ihrer vielfältigen und intensiven politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Indonesien eine besondere Verantwortung und sollte um ihrer Glaubwürdigkeit willen Menschenrechtsfragen nicht ihren Wirtschaftsinteressen unterordnen.

- Wir appellieren an die Bundesregierung, jegliche Rüstungsexporte nach Indonesien zu stoppen und in allen Bereichen des Dialogs und der Kooperation mit der indonesischen Regierung auf die Einhaltung der Menschenrechte zu dringen.
- Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie den UNO-Friedensplan für Osttimor unterstützt.
- Der noch in diesem Jahr geplante offizielle Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl bietet eine gute Gelegenheit, der Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte in Indonesien Nachdruck zu verleihen.
- Deutsche Wirtschaftsunternehmen, die in Indonesien investieren oder dort ihre Handelspartner haben, fordern wir auf, bei ihren Entscheidungen die Menschenrechtssituation im Land zu berücksichtigen.